

Landtag**Drucksache 21/1863****21. Wahlperiode**

23. Juni 2026

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**Häusliche Gewalt und Frauenhäuser im Land Bremen – Datenlage,
Schutzkapazitäten, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und Tatkontexte**

Die [Bundeslagebilder des Bundeskriminalamts](#) zur häuslichen Gewalt weisen für das Jahr 2024 erneut auf ein hohes Ausmaß häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt hin. Nach Angaben des Bundeskriminalamts wurden bundesweit 265.942 Opfer häuslicher Gewalt registriert; davon entfielen 171.069 Opfer auf Partnerschaftsgewalt.

Zugleich wurde bei der Vorstellung der Bundeslagebilder darauf hingewiesen, dass Gewalt im sozialen Nahraum weiterhin ein massives Problem darstellt und dass bei partnerschaftlicher Gewalt sowohl unter den Tatverdächtigen als auch unter den Opfern ein erheblicher Anteil keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Diese kriminalstatistischen Befunde sind sorgfältig einzuordnen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bildet nur das Hellfeld ab und lässt keine einfachen Rückschlüsse auf Kausalitäten oder individuelle Tatmotive zu. Staatsangehörigkeit ist zudem nicht gleichbedeutend mit Herkunft oder sozialer Lage. Gleichwohl können differenzierte Daten zu Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Sprachbedarf und Tatkontexten wichtige Hinweise für Prävention, Opferschutz und die Weiterentwicklung des Hilfesystems liefern.

Frauenhäuser übernehmen im Hilfesystem eine zentrale Schutz- und Stabilisierungsfunktion. Sie sind zugleich ein wichtiger Indikator für schwere oder eskalierte Gewaltlagen. Für das Land Bremen stellen sich Fragen nach Aufnahmen, Nichtaufnahmen, Belegung, Aufenthaltsdauer, Wohnungsabgängen sowie der Zusammenarbeit mit Polizei, Jugendämtern, Ausländerbehörden und weiteren Stellen.

[Der Senat hat im Jahr 2025 ausgeführt](#), dass Frauenhäuser seit dem zweiten Quartal 2025 auf zertifizierte Video- und Audio-Dolmetschdienste zurückgreifen können, die vom Senat finanziert werden. Zudem wurde auf ein seit Anfang 2025 laufendes Verfahren der systematischen gebündelten Übermittlung von Wohnungsbedarfen aus Frauenhäusern an die Zentrale Fachstelle Wohnen hingewiesen.

Nach dem [Gewalthilfegesetz](#) sind die Länder verpflichtet, eine Ausgangsanalyse und Entwicklungsplanung einschließlich Finanzierungskonzept für die Gewalthilfestrukturen zu erstellen. Der Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt tritt am 1. Januar 2032 in Kraft.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Daten werden im Land Bremen zu Aufnahmen, Aufnahmeersuchen, Nichtaufnahmen, Belegung, Aufenthaltsdauer, Abgängen, Rückkehrfällen, Sprachbedarf, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus und Tatkontexten in Frauenhäusern standardisiert erhoben?
2. Welche der in dieser Anfrage erbetenen Angaben werden bislang nicht oder nicht auswertbar erhoben, und aus welchen Gründen erfolgt dies jeweils nicht?
3. Wie viele schutzsuchende Frauen wurden in den Frauenhäusern der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven in den Jahren 2021 bis 2025 aufgenommen? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
4. Wie viele mitaufgenommene Kinder wurden in den Jahren 2021 bis 2025 in den Frauenhäusern der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven registriert? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
5. Wie viele Aufnahmeersuchen gingen in den Jahren 2024 und 2025 bei den Frauenhäusern in Bremen und Bremerhaven ein? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
6. In wie vielen Fällen konnten Aufnahmeersuchen in den Jahren 2024 und 2025 nicht bedient werden? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
7. Welche Gründe wurden in den Jahren 2024 und 2025 für Nichtaufnahmen dokumentiert? Bitte nach Grund, Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
8. Wie viele schutzsuchende Frauen wurden in den Jahren 2024 und 2025 in Frauenhäuser oder Schutzangebote anderer Bundesländer vermittelt? Bitte nach Jahr, Stadtgemeinde und, soweit bekannt, Zielland darstellen.
9. In wie vielen Fällen erfolgte in den Jahren 2024 und 2025 eine erneute Aufnahme derselben Person in ein Frauenhaus innerhalb von zwölf Monaten nach Auszug? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies anonymisiert und statistisch auswertbar ist.
10. Welche Staatsangehörigkeiten hatten die in Frauenhäusern aufgenommenen Frauen in den Jahren 2023 bis 2025? Bitte nach Jahr, Stadtgemeinde sowie deutscher, EU- und Drittstaatsangehörigkeit differenzieren, soweit dies anonymisiert und statistisch auswertbar ist.

11. Wie hoch war in den Jahren 2023 bis 2025 der Anteil der aufgenommenen Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
12. Wie viele der aufgenommenen Frauen hatten in den Jahren 2024 und 2025 im Zeitpunkt der Aufnahme einen befristeten Aufenthaltstitel, eine Duldung, eine Aufenthaltsgestattung oder befanden sich im Asylverfahren? Bitte nach Statusgruppe, Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies anonymisiert und statistisch auswertbar ist.
13. In wie vielen Fällen war in den Jahren 2024 und 2025 die aufenthaltsrechtliche Situation unmittelbar oder mittelbar vom Ehe- oder Partnerstatus abhängig? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies anonymisiert und statistisch auswertbar ist.
14. In wie vielen Fällen wurden Frauenhäuser in den Jahren 2024 und 2025 wegen aufenthaltsrechtlicher Risiken zusätzlich tätig oder vermittelten rechtliche Beratung? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies erfasst wird.
15. Welche Sprachen wurden in den Jahren 2024 und 2025 bei Erstkontakt, Beratung oder Aufnahme am häufigsten benötigt? Bitte die zehn häufigsten Sprachen nach Stadtgemeinde und Jahr darstellen.
16. In welchem Umfang wurden die seit 2025 finanzierten Video- und Audio-Dolmetschdienste durch Frauenhäuser genutzt? Bitte nach Anzahl der Einsätze, Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
17. In wie vielen Aufnahmen der Jahre 2024 und 2025 war der dokumentierte Anlass primär Partnerschaftsgewalt, und in wie vielen Fällen innerfamiliäre Gewalt? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
18. In wie vielen Fällen lag in den Jahren 2024 und 2025 eine aktuelle Trennung oder Trennungsabsicht als Eskalationsauslöser vor? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies erfasst wird.
19. In wie vielen Fällen bestand in den Jahren 2024 und 2025 im Vorfeld der Aufnahme eine dokumentierte Hochrisikoeinstufung? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies erfasst wird.
20. In wie vielen Fällen erfolgte in den Jahren 2024 und 2025 die Aufnahme in ein Frauenhaus innerhalb von 72 Stunden nach einem Polizeieinsatz? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
21. In wie vielen Fällen bestanden in den Jahren 2024 und 2025 bereits vor Aufnahme gerichtliche Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz, und in wie vielen

Fällen wurden solche erst nach Aufnahme beantragt? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.

22. Wie viele Tatverdächtige wurden in Bremen und Bremerhaven in den Jahren 2021 bis 2025 im Bereich Partnerschaftsgewalt polizeilich erfasst? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
23. Welche Staatsangehörigkeiten hatten die Tatverdächtigen bei Partnerschaftsgewalt in den Jahren 2023 bis 2025? Bitte nach Jahr, Stadtgemeinde sowie deutscher, EU- und Drittstaatsangehörigkeit differenzieren.
24. Wie hoch war in den Jahren 2023 bis 2025 der Anteil der Tatverdächtigen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bei Partnerschaftsgewalt? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
25. In wie vielen Fällen der Partnerschaftsgewalt hatten Opfer und tatverdächtige Person in den Jahren 2024 und 2025 unterschiedliche Staatsangehörigkeiten? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies anonymisiert und statistisch auswertbar ist.
26. In wie vielen Fällen der Partnerschaftsgewalt waren Tatverdächtige in den Jahren 2024 und 2025 bereits wegen einschlägiger Delikte polizeibekannt? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies anonymisiert und statistisch auswertbar ist.
27. In wie vielen Fällen der häuslichen oder partnerschaftlichen Gewalt wurden in den Jahren 2024 und 2025 Verstöße gegen Wegweisungen oder Betretungsverbote registriert? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
28. In wie vielen Fällen der Partnerschaftsgewalt spielte Alkohol- oder Drogenkonsum nach polizeilicher Feststellung in den Jahren 2024 und 2025 eine Rolle? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
29. Wie viele Fallkonferenzen im Kontext häuslicher Gewalt oder Hochrisikofällen wurden in den Jahren 2024 und 2025 in Bremen und Bremerhaven durchgeführt? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
30. Welche Stellen nahmen in den Jahren 2024 und 2025 typischerweise an Fallkonferenzen teil? Bitte nach Stadtgemeinde differenzieren.
31. In wie vielen Fällen war in den Jahren 2024 und 2025 die Ausländerbehörde in Fallkonferenzen oder Gefährdungsmanagement eingebunden? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen, soweit dies erfasst wird.

32. In wie vielen Fällen waren in den Jahren 2024 und 2025 Sorge- und Umgangsfragen parallel relevant, und in wie vielen Fällen wurden hierzu konkrete Schutzvorkehrungen veranlasst? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
33. Wie hat sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Frauenhäusern in Bremen und Bremerhaven in den Jahren 2021 bis 2025 entwickelt? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
34. Welche drei häufigsten Gründe für Aufenthalte von mehr als drei Monaten wurden in den Jahren 2024 und 2025 dokumentiert? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
35. Wie viele Frauen konnten in den Jahren 2024 und 2025 direkt aus dem Frauenhaus in eigenen Wohnraum wechseln? Bitte nach Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
36. Wie viele Frauen wechselten in den Jahren 2024 und 2025 aus dem Frauenhaus in Übergangsformen oder kehrten zur gewaltausübenden Person zurück? Bitte nach Kategorie, Jahr und Stadtgemeinde darstellen.
37. Wie viele Wohnungsbedarfe aus Frauenhäusern wurden im Jahr 2025 an die Zentrale Fachstelle Wohnen übermittelt, und wie viele Wohnungsvermittlungen resultierten daraus? Bitte nach Stadtgemeinde darstellen.
38. Wie viele Betten, Schlafplätze beziehungsweise Familienplätze standen in den Jahren 2024 und 2025 in Bremen und Bremerhaven tatsächlich zur Verfügung? Bitte nach Stadtgemeinde sowie Soll- und Ist-Kapazitäten darstellen.
39. Welche Planungsannahmen nutzt der Senat für die bis Ende 2026 vorzulegende Ausgangsanalyse und Entwicklungsplanung nach § 8 Gewalthilfegesetz, insbesondere hinsichtlich Zielplatzbedarf, Zielgruppen, Barrierefreiheit, Sprachmittlung, Aufenthaltsstatus, Datenerhebungsstandards und Finanzierung?

Beschlussempfehlung:

Andre Minne und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Anlage(n):

- keine